Elisabethstr. 9, 35037 Marburg · Tel. 06421-163873 · stadtfraktion@die-linke-marburg.de · www.die-linke-marburg.de

Die Linke
Stadtfraktion Marburg

Bericht aus der Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2026

Wahlmarathon: Die Linke übernimmt Verantwortung in den Gremien

Die Stadtverordnetenversammlung ist endgültig in der neuen Wahlperiode angekommen. Die Sitzung am 25. September stand vor allem im Zeichen der Wahlen. Zahlreiche Beiräte, Aufsichtsräte und weitere kommunale Gremien mussten neu besetzt werden. Das war bereits für sich genommen ein zeitaufwändiger Prozess. Die zahlreichen geheimen Wahlen sorgten dafür, dass sich die Sitzung über viele Stunden zog. Die AfD trug ihren Teil dazu bei, indem sie gemeinsame Wahlvorschläge nicht wie zuvor im Ausschuss besprochen mittrug oder sich zumindest enthielt und damit weitere Einzelwahlen notwendig machte.

Für uns als Die Linke ist dabei vor allem eines wichtig: Wir setzen uns für die Menschen ein. Unsere Stadtverordneten sind künftig in zahlreichen Gremien vertreten und werden dort die Interessen der Marburger*innen einbringen.

Von GeWoBau bis Stadtwerke: Linke Politik dort, wo entschieden wird

Besonders freuen wir uns über unsere Vertretung in den kommunalen Unternehmen und bei Fragen des Wohnens. Erstmals wird durch Miriam Stoll Die Linke künftig im Aufsichtsrat der GeWoBau vertreten sein. Auch in der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) wird sie Die Linke vertreten. Gerade die GeWoBau ist für uns von besonderer Bedeutung: Bezahlbarer Wohnraum bleibt eines der drängendsten Themen in Marburg. Dort, wo über kommunalen Wohnungsbau und Stadtentwicklung entschieden wird, wollen wir eine klare soziale Perspektive einbringen und Initiativen für bezahlbaren Wohnraum priorisieren.

Auch bei den Stadtwerken ist Die Linke vertreten: Jan Schalauske wurde erneut in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Marburg gewählt. Im Aufsichtsrat der Marburger Altenhilfe St. Jakob wird künftig Nicole Wehnert mitarbeiten. Greta Grimm übernimmt einen Sitz in der Betriebskommission des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM).

Auch in den Beiräten sind wir gut aufgestellt. Lena Reschke wurde in den Beirat der Volkshochschule gewählt, Miriam Stoll übernimmt dort die Stellvertretung. In der Schulkommission vertreten Lasse Wenzel und Viktoria Ehrke unsere Fraktion. Im Forensikbeirat wird Greta Grimm für Die Linke sitzen, Nicole Wehnert übernimmt ihre Stellvertretung.

Auch darüber hinaus übernehmen wir Verantwortung: Peter Lob-Gottschaldt, Mitglied unserer Kreistagsfraktion, wurde von uns für den Vorstand der Stiftung St. Jakob vorgeschlagen und gewählt. Für die Verbandsversammlung des Zweckverbands der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wurde Jochen Lüttich gewählt, Burkhard Höse übernimmt seine Stellvertretung.

Damit ist Die Linke in der neuen Wahlperiode in vielen Bereichen vertreten, in denen konkrete Entscheidungen für Marburg getroffen werden. Von Wohnen und Stadtentwicklung über Energie und öffentliche Unternehmen bis hin zu Bildung, Sozialem und kommunaler Infra-

struktur. Diese Mandate sind für uns kein Selbstzweck. Wir wollen sie nutzen, um linke Politik dort einzubringen, wo sie konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen hat.

Kenia-Koalition: Zusammenarbeit, die im Stillen angekündigt wurde

Politisch besonders bemerkenswert war ein fast still eingebrachter Änderungsantrag von CDU/FDP, Grünen und SPD zum Dringlichkeitsantrag der Grünen. Darin kündigen die drei Fraktionen an, den Haushalt 2027 gemeinsam zu beraten und darüber hinaus eine „verlässliche und verbindliche Zusammenarbeit" für die gesamte Wahlperiode zu begründen. Damit wird bereits jetzt, unter dem Deckmantel eines Änderungsantrags, eine neue politische Konstellation im Stadtparlament sichtbar: Eine Zusammenarbeit, die einer Kenia-Koalition zumindest sehr nahekommt.

Bemerkenswert ist dabei nicht nur der Inhalt, sondern auch die Art und Weise: Eine solche politische Verständigung für die gesamte Wahlperiode wird normalerweise zwischen Parteien besprochen und beschlossen - nicht im Stadtparlament.

Für uns ist das besonders interessant, weil Die Linke nicht nur mit Bündnis90/Die Grünen und SPD die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in Sondierungsgespräche erörtert hatte, sondern auch den Eckpunktebeschluss zur Haushaltsaufstellung 2027 mitgetragen hatte. Eine „gemeinsame, kritische und ergebnisoffene Beratung" des Haushaltsentwurfs des Kämmerers, wie es in dem Antrag formuliert ist, hätte es ebenso auch mit der Linken geben können, wie eine verlässliche und verbindliche Zusammenarbeit unterhalb einer formalen Koalition. Der Beschluss zeigt erneut, dass einflussreiche Kreise in der SPD anscheinend nie eine Zusammenarbeit mit der Linken gewollt und immer einen Pakt mit der CDU favorisiert haben.

Inhaltlich knüpft der Antrag ausdrücklich an den Beschluss zu den Eckpunkten für den Haushalt 2027 und zur Finanzierung der freien Träger an. Die drei Fraktionen versprechen Planungssicherheit und wollen den Haushalt spätestens im Februar 2027 beschließen. Gleichzeitig sollen Einnahmen und Ausgaben kritisch geprüft und gemeinsame Prioritäten festgelegt werden.

Die Linke wird sich weiter dafür einsetzen, die Arbeit der Freien Träger im Sozial- und Kulturbereich zu unterstützen. Dazu hätte unsere Fraktion gern den ursprünglichen Antrag der Grünen mit weitreichenderen Finanzierungszusagen für die Freien Träger gestützt. Unabhängig davon bleiben wir weiter gesprächsbereit mit allen Fraktionen und Parteien, deren oberstes Ziel es ist, die sozialen Strukturen unserer Stadt zu wahren.

Die AfD-Strategie: Blockieren, provozieren, sich anschließend beschweren

Die Sitzung hat allerdings auch ein Muster sichtbar gemacht, das uns in dieser Wahlperiode vermutlich noch häufiger beschäftigen wird. Die AfD versucht nicht nur, ihre menschenverachtenden Positionen einzubringen. Sie nutzt die parlamentarischen Möglichkeiten zunehmend dazu, den gesamten Sitzungsablauf mit ihrer demokratiefeindlichen Politik zu überziehen.

Dringlichkeitsanträge, Aussprachen und immer neue Wortmeldungen sorgen dafür, dass die AfD möglichst viel Raum einnimmt. Inhaltlich reicht das von der Diffamierung einzelner Menschen und Initiativen bis hin zu menschenverachtenden Forderungen. Gleichzeitig werden parlamentarische Verfahren blockiert oder in die Länge gezogen. Und anschließend wird genau diese Verzögerung zum Beweis dafür erklärt, dass „die Politik" angeblich nicht mehr handlungsfähig sei.

Das ist kein Zufall, sondern ein politisches Muster: Erst wird die Stadtverordnetenversammlung zugemüllt, dann wird sich darüber beschwert, dass sie nicht schnell genug arbeitet. Die AfD schafft damit genau das Problem, über das sie sich anschließend empört.

Besonders deutlich wurde das erneut bei den Dringlichkeitsanträgen. Der Versuch, den Marburger Mediziner und Vorsitzenden der muslimischen Gemeinde Prof. Dr. Bilal Farouk El-Zayat zu diskreditieren, war ebenso Teil dieser Strategie wie weitere Anträge, mit denen die AfD gezielt gegen demokratische Akteur*innen und zivilgesellschaftliches Engagement schoss. Nicole Wehnert hielt hierzu ihre erste Rede in der neuen Stadtverordnetenversammlung und stellte klar: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist Artikel eins, Absatz eins des Grundgesetzes."

Weniger Demokratie ist keine Antwort auf die AfD

Auch in dieser Sitzung wurde deutlich, wie herausfordernd der Umgang mit der AfD für die parlamentarische Arbeit ist. Erneut wurde der Ältestenrat aufgrund des Verhaltens eines AfD-Stadtverordneten einberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Gleichzeitig wurden einzelne Anträge der AfD für erledigt erklärt, ohne dass dazu noch eine inhaltliche Debatte stattfinden konnte. Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass derartige Maßnahmen früher oder später auch gegen Linke angewandt werden können.

Eine einfache Lösung zum Umgang mit einer rechtsextremen Partei im Parlament gibt es nicht. Für uns ist aber eines klar: Die Antwort darauf sollte nicht darin bestehen, parlamentarische Debatten möglichst abzukürzen oder politische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Gerade wenn Positionen menschenfeindlich oder antidemokratisch sind, müssen sie benannt und inhaltlich zurückgewiesen werden. Deshalb ist es wichtig, das Muster der AfD sichtbar zu machen und sich politisch dagegen zu stellen.

Politik für Marburg statt Bühne für die AfD

Die ohnehin langen Wahlen nahmen einen großen Teil der Sitzung ein. Auch von uns vorbereitete Reden konnten deshalb nicht gehalten werden. Das ist besonders ärgerlich, weil parlamentarische Arbeit mehr ist als das Abstimmen über Vorlagen. Wir wollen über politische Inhalte diskutieren, unsere Positionen begründen und gemeinsam um die besten Lösungen für Marburg ringen. Wenn dieser Raum durch eine Strategie aus Provokation, Blockade und maximaler Geschäftsordnungsnutzung immer kleiner wird, ist das ein Problem für das gesamte Stadtparlament.

Wir werden uns daran nicht beteiligen. Wir werden weiterhin klar widersprechen, wenn Menschen angegriffen oder demokratische Strukturen beschädigt werden. Gleichzeitig werden wir unsere Arbeit nicht auf die AfD ausrichten. Unsere Aufgabe ist es, Politik für die Marburger*innen zu machen und genau das werden wir tun.

Links wirkt: Die Linke ist in der neuen Wahlperiode in zahlreichen wichtigen Gremien vertreten. Wir übernehmen Verantwortung und setzen uns dort für bezahlbares Wohnen, starke öffentliche Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und eine demokratische Stadtgesellschaft ein.

Herzliche Grüße der Fraktion Die Linke in der Marburger Stadtverordnetenversammlung

Miriam Stoll, Jan Schalauske, Judit Margaretha Grimm, Lasse Wenzel,
Nicole Wehnert, Lena Reschke, Viktoria Ehrke